

**Wagnisloos:**  
Ausgabe A mit Illust. Beilage Wert 2.00 M. in Dresden und ganz Sachsen im Preis 2.40 M.; in Ostpreußen 2.60 M.  
Ausgabe B Wert 1.00 M. in Dresden und ganz Sachsen im Preis 1.40 M.; in Ostpreußen 1.60 M.  
Einzelnummern 10 J.  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags.

# Sächsische Volkszeitung

**Einzelgen:**  
Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr vorm.  
Preis für die Zeitungsabgabe 25 J. im Restpostamt 20 J. Familienangelegenheiten 20 J.  
Für unbedeutend gezeichnete, sowie durch Fernsprecher zugegebene Anzeigen können mit der Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen.  
Druckort: Dresden  
11-12 Uhr vorm.

**Einzigste katholische Tageszeitung in Sachsen. Organ der Zentrumspartei.**

**Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Feierabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.**

## Jede Stimme fürs Zentrum!

Zwischen der deutsch-nationalen Volkspartei (ehemalige Konservativ, Freikonservativ, Reform), der deutschen Volkspartei (ehemals nationalliberal) und der Sächsischen Zentrumspartei haben gestern wichtige Verhandlungen stattgefunden. Es waren Bestrebungen im Gange, noch in letzter Stunde eine Einigung des Bürgertums auf einer gemeinsamen Liste zu erzielen. Das Zentrum hatte sich trotz schwerwiegender Bedenken nach vierstündiger Beratung einstimmig bereit erklärt, einer solchen Einigung zuzustimmen. Es hätte dann allerdings seine Wahlparole aufgeben müssen. Dem Hauptvorstand und den antwortenden Vertretern aus dem ganzen Lande lag aber daran, gegebenenfalls an der Bildung einer gemeinsamen Front des Bürgertums mitzuwirken. Als dann die Vertreter der drei genannten Parteien in später Abendstunde zusammentraten, stellte sich heraus, daß an ein Zustandekommen des Planes nicht mehr gedacht werden konnte. Er war gescheitert, da die bürgerliche Linke nicht mitmachen will. Das Zentrum hat jedenfalls seinen guten Willen gezeigt. Die Wahlparole des Zentrums vom 8. Dezember lautet:

„Bei der bevorstehenden Wahl zur deutschen Nationalversammlung in allen sächsischen Wahlkreisen eigene Kandidatenlisten aufzustellen. Die Zentrumspartei erklärt sich aber bereit, die anderen bürgerlichen Parteien dadurch zu unterstützen, daß die beiderseitigen Wahllisten zu einer verbundenen Liste im Sinne des neuen Wahlgesetzes vereinigt werden.“

Nachdem das Zustandekommen einer Liste unmöglich geworden war, erstreckten sich die Beratungen der oben genannten Parteien auf die Frage der verbundenen Listen. Er wurde über eine Einigung erzielt. Die Sachlage ist also so, daß das Zentrum auch bei uns eigene Kandidatenlisten aufstellt, diese Listen aber alsdann mit denen der deutsch-nationalen Volkspartei und der deutschen Volkspartei verbindet, so daß also von einer Zerplitterung keine Rede sein kann. Für die Zukunft der Sächsischen Zentrumspartei ist es jedoch von größter Bedeutung, daß wir eigene Kandidatenlisten aufstellen und daß jeder Zentrumsanhänger und jede Zentrumsanhängerin ihre Stimmen unseren eigenen Kandidatenlisten zuführen.

Die Verhältnisse werden immer verwickelter. In seiner bedeutenden Rede über den Völkerbund, die wir an anderer Stelle veröffentlichen, sagt Erzberger, die Menschheit stehe wieder am Scheidewege. Das ist richtig. In ganz besonderem Maße aber gilt das für Deutschland. Die Unordnung wird immer größer. Gesetze, die heute gemacht werden, werden morgen umgestoßen. Vorgestern wurde verkündet, daß die Wahlen zur sächsischen Nationalversammlung am 2. Februar stattfinden würden. Gestern wurde beschlossen, daß sie zugleich mit den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar stattfinden. Wahrscheinlich, eine trostlose Wirtschaft. Zudem erklären die Unabhängigen, daß sie diesen Beschluß nicht anerkennen. Es ist also noch ganz unklar, was wird. Jedenfalls aber müssen wir gerüstet sein. Es ist wirklich jetzt keine Kleinigkeit, die Vorbereitungen für die Wahlen zu treffen und es ist eine geradezu ungeheure Arbeitslast, die heute auf den Männern ruht, die an der Spitze der Partei stehen. Aber die Arbeit wird sicher dadurch erleichtert, daß sie vom Vertrauen der ganzen Zentrumswählerschaft getragen ist. Im ganzen deutschen Reiche wird das Zentrum seine Stimmen zählen, da wird und darf auch Sachsen nicht zurückstehen. Darum muß raslos weitergearbeitet werden für die erhabenen Grundsätze des Zentrums.

## Erzberger über den Völkerbund.

W.B. Berlin, 27. Dezember. Auf Einladung der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin hielt Staatssekretär Erzberger in der Handelshochschule in Berlin einen Vortrag über den Völkerbund, in dem er u. a. ausführte:

Die Notwendigkeit des Völkerbundes ergibt sich aus dem Zusammenbruch des bisherigen internationalen politischen Systems, das ausschließlich auf Gewalt und Rivalität der Nationen beruhte. Gegenseitiges Mißtrauen beherrschte die internationale Lage. Das sittliche Prinzip war aus den Beziehungen der Völker ausgeschaltet. Die unerklärlichen Folgen davon sind Millionen von Toten, Millionen Verkrüppelte und Millionen Waisen. Milliardenwerte sind zertrümmert, Menschheitswerte zerstört. Aber die Folgen des Weltkrieges greifen noch tiefer. Der Krieg ist die Gefährlichkeit nach außen und hat ganz naturgemäß die Gefährlichkeit im Innern zur Folge. Der lange, alles zerstörende Krieg bereitete den Weltbolkschewismus vor. So stehen wir heute vor dem völligen Zusammenbruch dieser Gewaltanarchie. Ein neues System muß an ihre Stelle treten, das System des Rechts. Der Völkerbund ist nur die sinnentsprechende Übertragung der inneren Staatsordnung auf die äußere.

Das bisherige System bedurfte ungeheurer Mittel, um „gerüstet“ zu sein. Vor 15 Jahren schon betrug die Rüstungsausgaben der europäischen Völker 49 v. H. der Gesamtausgaben. Das Meer- und Marinewesen verschlang neunmal so viel Geld, wie der öffentliche Unterricht und 5mal so viel wie die Rechtspflege. Welche Summe der Weltkrieg gekostet hat, das kann heute noch niemand sagen. Ginge das alte System weiter, so müßten angesichts der technischen Verdolmähmung der Kriegsmaschine die einzelnen Völker Lasten tragen, die einfach nicht zu ertragen sind, von dem Menschenverbrauch gar nicht zu reden. Das zusammengebrochene preußisch-militaristische System und dessen Einfluß haben es freilich mit sich gebracht, daß das Bewußtsein von Recht und Gemeinschaftstradition in Deutschland ziemlich geschwunden ist. Aber wenn das neue Deutschland sich auf die uralten Grundgedanken besinnt und sie ganz in sich aufnimmt, wenn die Vereinigten Staaten von Deutschland aus der jetzigen Unmögliche hervorgehen, dann findet es im Völkerbund nur einen alten Bekannten seiner Vorfahren.

Der Völkerbund braucht nicht aus dem Nichts geschaffen zu werden. Vor dem Kriege bestand eine Art Zwedverband der Staaten, internationale Verträge, internationale-Bureaus, aber alle litten sie unter dem Fehler, daß es an verpflichtendem Zwang für die Staaten mangelte. Gegenüber dem alten Deutschland ist der Vorwurf nicht unbegründet, daß es dem Schiedsgerichtsgebanten durch Verneinung von dessen allgemeiner Durchführbarkeit schwer geschadet hat. Dieser Gedanke muß jetzt ganz und uneingeschränkt angenommen werden. Die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit ist der Dreh- und Angelpunkt des ganzen Völkerbundes.

Die zweite Voraussetzung ist die Abrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung bedingen sich gegenseitig. Das Schiedsgericht läßt auf den Gewaltakt verzichten. Es war ein leichtsinniges Wort: si vis pacem para bellum. Mit der Aufhebung der Dienstpflicht ist die wesentlichste Bedingung der Abrüstung erfüllt. Wood George hat für England den Abbau der Wehrpflicht bereits in Aussicht gestellt, dasselbe wird Amerika tun. Frankreich kann sich diesem Vorhaben nicht entziehen. Rußland hat die Wehrpflicht bereits abgeschafft. Die Freiheit der Meere ist ein Teil der Freiheit des Weltverkehrs, sie liegt schon im Begriff der Abrüstung.

Eine weitere wesentliche Voraussetzung zum Völkerbund ist die Gleichberechtigung in wirtschaftlicher Beziehung. Zweck und Ziel des Völkerbundes sind weiter die internationale Regelung des Arbeiterschutzes, des Arbeiterrechtes und der Arbeiterversicherung. Auf diesem Gebiete darf Deutschland für sich in Anspruch nehmen, daß es Wegweiser geworden ist. Der Völkerbund hat in den Kreis seiner Aufgaben auch eine Verständigung über die afrikanischen Kolonien einzubeziehen. Der Anschluß Deutschlands vom Kolonialbesitz wäre eine kulturelle Ungerechtigkeit.

Staatssekretär Erzberger ging sodann auf die Zweifel an der Möglichkeit der Verwirklichung des Völkerbundsgebanten ein, die durch das Verhalten des Verbandes, insbesondere in der esch-löy-

ringischen, der tschechischen und der polnischen Frage hervorgerufen wurde, und betonte: Die Bevölkerung von Esch-löy-Rothringen muß selbst entscheiden über ihr politisches Schicksal. Treibt Frankreich Gewaltpolitik gegenüber diesem urdeutschen Volke und Lande, so muß die Welt heute schon wissen, daß der Völkerbund den Todeskeim in sich tragen würde. Bezüglich Polens hat Deutschland den unabhängigen polnischen Staat nach den Wilsonschen Punkten angenommen. Wilson hat den Weg vorgezeichnet, auf Grund dessen die Polen einen Zugang zur See bekommen können, ohne zu einer brutalen, durch nichts berechtigten und auch von Wilson abgelehnten Anzexion zu greifen. Wenn die Welt glauben sollte, das wehrlose Deutschland könne jetzt gerüstet werden, so mag vorübergehend angesichts unserer Machtlosigkeit der Siegesrausch sich befriedigen, auf die Dauer aber nicht. Nur neue Kriege würden die Folge sein. Glaubt man, daß man einen dauerhaften Zustand und dauernde Ruhe in Europa erreichen würde, wenn Deutschland zerfleischt am Boden liegt? Ein national zerrissenes und geteiltes Deutschland ist die größte Gefahr für den Völkerbund, das deutsche Volk, geeint und geschlossen aber die beste Bürgschaft für die Haltbarkeit des Völkerbundes. Präsident Wilson hat die Wahrheit dieses Satzes anerkannt.

Dem Völkerbund droht aber noch eine zweite große Gefahr: die Regelung des Schadenersatzes. Französische und englische Blätter überbieten sich in märchenhaften Forderungen, die sie an das deutsche Volk, sein Zahlungsvermögen und seine Arbeitskraft stellen. Mehrere hundert Milliarden Mark werden als Minimum des Schadenersatzes angekündigt. Der Staatssekretär wies sodann durch Anführung der in Frage kommenden Stellen aus den verschiedenen Grundgebungen Wilsons nach, daß über die Frage der Entschädigung, die lediglich in einer Wiedergutmachung des von Deutschland angerichteten Kriegschadens bestehe, bereits eine grundsätzliche Einigung mit dem Verband erzielt sei.

Präsident Wilson ist also der Auslegung, welche die Verbündeten der Schadenersatzfrage gegeben haben, beigetreten, nicht aber der Auslegung, welche die Verbündeten über die Freiheit der Meere wünschen. Diese Auslegung ist immer noch offen. Endgültig abgeschlossen aber ist die Frage des Schadenersatzes. An diesem festen Abkommen zwischen Deutschland, Wilson und den Verbündeten kann niemand mehr rütteln. Präsident ist auch nicht nach Europa gekommen, um die Frage des Schadenersatzes zu regeln, sondern, wie er in seiner Botschaft vom 4. Dezember 1918 deutlich sagt, um dafür zu sorgen, daß man seine Ideale nicht falsch auslege und daß man sein Möglichstes tue zu ihrer Verwirklichung. Danach ergeben sich folgende Sätze:

1. Es besteht völlige Übereinstimmung zwischen Deutschland und sämtlichen Verbündeten über die Frage der Kriegsschäden im weitesten Sinne des Wortes.
2. Die unmittelbaren Kriegskosten, die jede Nation angegeben hat, sind von ihr selbst zu tragen.
3. Alle anderen Kriegsschäden, soweit sie nicht ausdrücklich in dem erwähnten Notenwechsel aufgezählt sind, deckt gleichfalls jedes Land für sich selbst.
4. Deutschland ist zum Schadenersatz verpflichtet für die besetzten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich.
5. Deutschland hat alle Schäden, die es durch seine Angriffe zu Lande, zu Wasser und in der Luft in diesen besetzten Gebieten der Zivilbevölkerung der Verbündeten und ihrem Eigentum zugefügt hat, zu ersetzen.
6. Die Frage, wie dieser Ersatz zu leisten ist, wird durch die Friedensverhandlungen geregelt. Es darf aber als feststehend angesehen werden, daß unsere Kriegsgefangenen zur Leistung dieses Schadenersatzes nicht verpflichtet werden können, da in dem Waffenstillstandsabkommen von den Verbündeten bereits zugesagt worden ist, daß die Frage der Rückkehr unserer Kriegsgefangenen beim Präliminarfrieden geregelt werden wird.

Zu mehr hat Deutschland sich nicht verpflichtet, mehr kann ihm auch nicht auferlegt werden. Deutschlands Ausplünderung macht den Völkerbund unmöglich, liegt auch nicht im Interesse des Verbandes. Eine Kuh ohne Futter gibt keine Milch! Deutschland hat aber die Waffenstillstandsbedingungen auch nur unter der Voraussetzung dieser Beschränkung der Schadenersatzpflicht angenommen. Der Verband hat dem an Wilson gerichteten Memorandum zugestimmt. Die Gründung des Völkerbundes kann und darf nicht mit einem Wortbruch eingeleitet werden. Der Staatssekretär schließt: Das Volk muß aus